

Stadtpunkte 2|22



IM FOKUS

Städte: Zurück zu PCR-Tests an Grundschulen und Schulfinanzierung neu regeln!

Wo bleibt in NRW die Lösungsperspektive für die kommunalen Altschulden?

Land soll digitale Rats- und Ausschusssitzungen dauerhaft erlauben

FACHINFORMATIONEN

KALEIDOSKOP

GERN GESEHEN

Der Hohenstein in Witten: Ein besonderer Erlebnis- und Genusssort über der Ruhr

Einrichtungsbezogene Impfpflicht erfordert personelle Unterstützung

AUS DEN STÄDTEN

Bielefeld: Weniger Hidden, mehr Champion!



Vermittlung von digitaler Kompetenz an Schulen (Foto: Christian Schwier stock.adobe.com)



Städte: Zurück zu PCR-Tests an Grundschulen und Schulfinanzierung neu regeln!

Die Städte in Nordrhein-Westfalen fordern das Land auf, so schnell wie möglich zu PCR-Tests in den Grundschulen zurückzukehren und es den Kitas zu ermöglichen, notfalls den Personalschlüssel vorübergehend abzusenken. Zudem mahnt der Städtetag NRW ein koordiniertes Verfahren an, um die Schulorganisation und -finanzierung neu zu regeln.

Der Vorsitzende des Städtetages NRW, der Bielefelder Oberbürgermeister Pit Clausen, sagte nach einer Vorstandssitzung: „Wir wollen Schulen und Kitas so gut wie möglich in Betrieb halten. Aber die improvisierte Teststrategie des Landes in den Grundschulen führt bei den Familien und in den Schulen zu großem Unmut. Das Land sollte zu den bewährten PCR-Pool- und Einzeltestungen in den Grund- und Förderschulen sobald wie möglich zurückkehren, um bestmöglich vor-

den Infektionsgefahren eines Präsenzunterrichts zu schützen.“ Solange Pooltests nicht verfügbar sind, sollte vorübergehend wie in weiterführenden Schulen mit Schnelltests gearbeitet werden.

Immer mehr Eltern, Kinder und Beschäftigte in Schulen seien von Personalausfällen durch Erkrankungen oder Quarantäne betroffen. Die Schulen sollen deshalb jetzt entscheiden, wann eine Klasse in den Distanzunterricht wechselt. „Das Land bleibt aber viel zu unbestimmt, wann der Wechsel in den Distanzunterricht möglich ist, und lädt damit die Verantwortung bei den Schulleitungen ab. Hier braucht es konkrete Angaben“, so Clausen. Wir haben den Höhepunkt der Omikron-Welle noch nicht erreicht. Jetzt komme es darauf an, das Personal in Schulen und Kitas sowie die Kinder und Jugendlichen nicht zu über-

fordern, macht Clausen deutlich. „Auch die Kitas sind im Ausnahmezustand. Viele einzelne Kita-Gruppen oder ganze Einrichtungen mussten bereits wegen Erkrankungen und Quarantäne von Beschäftigten schließen. Durch diese Unsicherheit sind die Eltern erheblich belastet und wissen oft nicht, wie der Arbeitsalltag am nächsten Tag laufen kann. Das Land muss deshalb sofort ermöglichen, notfalls den Personalschlüssel vorübergehend auf ein Mindestmaß abzusenken, damit wir die Einrichtungen offen halten und Bildungsarbeit zumindest eingeschränkt leisten können.“

Mindeststandard muss sein, dass jede Gruppe von einer Fachkraft geleitet und von weiteren Kräften unterstützt wird. So können wir Familien und Kindern etwas Stabilität in dieser schwierigen Phase der Pandemie geben. Den Städten fehle auch immer noch die Möglichkeit, die Arbeitszeit von Teilzeitkräften im Alltagshelferprogramm aufzustocken, um fehlendes Personal zu kompensieren.

Modernisierung von Schulen hinkt hinterher

Die Städte in NRW kritisieren darüber hinaus den aktuellen Gesetzentwurf zu Modernisierung von Schulen als völlig unzureichend. Es fehlten dringend notwendige, gesetzlich verbindliche Qualitätsstandards und Finanzierungsregeln für den Schulbau, die Ganztagsbetreuung, die Digitalisierung und die Inklusion an Schulen. Der Sanierungsstau an den

Schulen in NRW beträgt laut KfW-Panel etwa 10 Milliarden Euro.

Der Städtetagsvorsitzende Clausen machte deutlich: „Schule ist heute viel mehr als nur ein Ort zum Lernen. Wir bekommen immer neue Aufgaben als Schulträger: Wir sollen ganztägige Betreuung und Essen in Mensen ermöglichen, Sozialarbeiter einstellen, digitale Geräte anschaffen und die Schulen so ausstatten, dass inklusiver Unterricht möglich ist. Schule hat sich fundamental gewandelt, aber die Aufteilung der finanziellen Lasten zwischen Land und Städten ist über Jahrzehnte gleichgeblieben.

Da müssen wir dringend ran. Wir müssen die Schulorganisation und Finanzierung neu justieren und an die Wirklichkeit anpassen. An der aktuellen Aufteilung festzuhalten wird sich sonst schon bald negativ auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Gute Bildung ist unsere wichtigste Ressource. Wir brauchen gerechte Bildungschancen für alle unsere Kinder.“

Der Städtetag NRW schlägt dafür als ersten Schritt ein Gutachten vor, das vom Land und den Kommunalverbänden in Auftrag gegeben wird, um den Ist-Stand der Aufgaben und Kosten zu erfassen. Die Schulfinanzierung dann neu zu regeln, müsse gemeinsam erarbeitet werden und auf breiter Basis stehen. Dieses Vorhaben sollte Bestandteil des nächsten Koalitionsvertrages einer neuen Landesregierung werden.

Titelfoto: Straßenbahnlinie 66 in Bonn

Eine neue alte Bahn aus Qualitätsstahl. Sie wurde in Werkstätten vor Ort nahezu komplett zerlegt, saniert und mit zeitgemäßer Technik ausgestattet. Zweiterstellung lautet dafür der Fachbegriff. In Bonn hat man damit gegenüber Neukäufen sehr viel Geld gespart. Auch in Köln, Düsseldorf und anderen Städten weiter weg vom Rhein setzt man darauf.

(Foto: Stadtwerke Bonn/Fotograf Martin Magunia)

Wo bleibt in NRW die Lösungsperspektive für die kommunalen Altschulden?

Von Verena Göppert

Nordrhein-Westfalen hat immer noch kein Konzept für eine Lösung seines Altschuldenproblems vorgelegt. Nach Hessenkasse, Saarland-Pakt und zuletzt der Ankündigung von Rheinland-Pfalz, die Hälfte der dortigen Altschulden übernehmen zu wollen, richtet sich der Blick auf NRW. Drei der vier Länder mit flächendeckend hohen kommunalen Pro-Kopf-Schulden sind aktiv geworden, um die Altschulden abzubauen. Wann zieht NRW nach?

CDU und FDP hatten sich im Koalitionsvertrag von 2017 vorgenommen, den Stärkungspakt zu einer kommunalen Kredithilfe weiterzuentwickeln. Das Vorhaben wurde von allen kommunalen Spitzenverbänden begrüßt. Sie haben schnell gemeinsame Vorschläge für eine konkrete Umsetzung entwickelt. Dennoch sind bislang keine Fortschritte erkennbar. Zwar wurde die Bedeutung einer Altschuldenlösung für die NRW-Kommunen im Landtag immer wieder fraktionsübergreifend erneuert. Für konkrete Konzepte wurden die Städte, Gemeinden und Kreise aber immer wieder vertröstet.

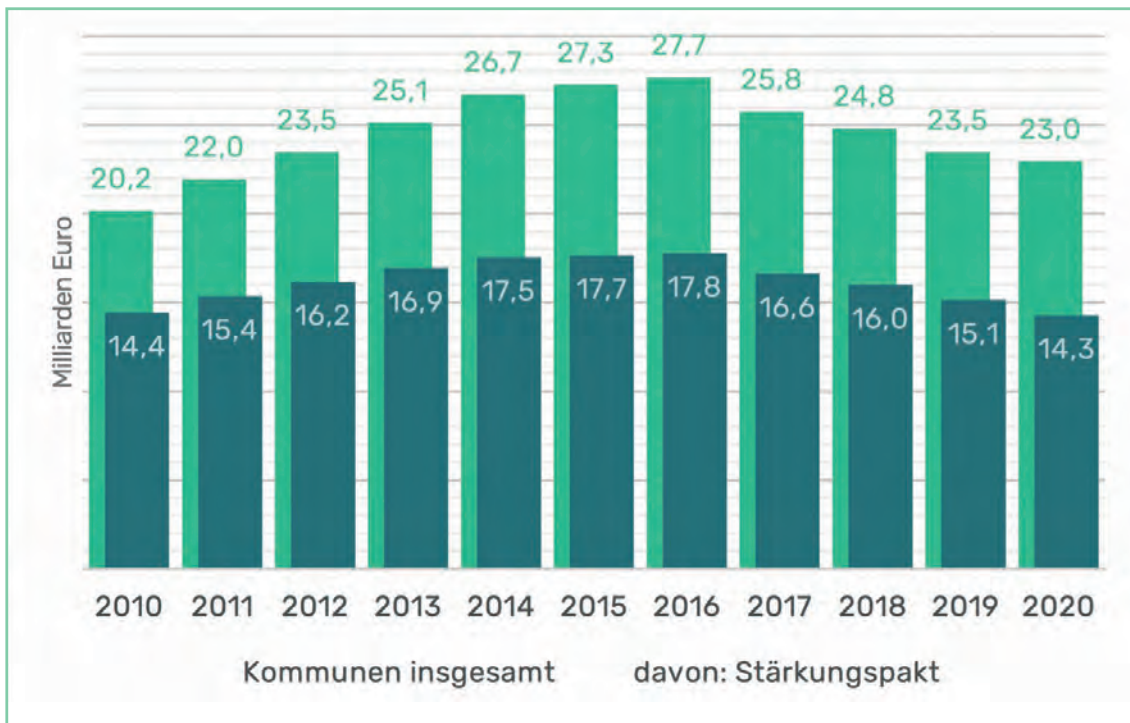
Dabei lassen sich die Schulden nicht bis in die Ewigkeit verschieben. Das Problem wird auch nicht kleiner: Ende des Jahres 2020 summierten sich die Liquiditätsschulden der NRW-Kommunen auf 23,0 Milliarden Euro. Zehn Jahre zuvor, vor Beginn des Stärkungspakts Stadtfinanzen, verzeichneten alle Städte, Gemeinden und Kreise in NRW 20,2 Milliarden Euro Kassenkredite. Angehts des zwischenzeitlichen Höchststands

von 27,7 Milliarden Euro Liquiditätsschulden 2016 wird deutlich, welche Anstrengungen die Kommunen aus eigener Kraft unternommen haben.

Zu dieser Stabilisierung haben die Konsolidierungserfolge der Stärkungspaktkommunen beigetragen. Sie hatten Ende 2020 14,3 Milliarden Euro Liquiditätsschulden – fast exakt der gleiche Betrag wie Ende 2010 (14,4 Milliarden Euro). Mit Unterstützung des Landes und erheblichen eigenen Anstrengungen konnte das strukturelle jährliche Defizit von 2,5 Milliarden Euro ausgeglichen werden. Ausgeglichene Ergebnishaushalte werden seither aus eigener Kraft erreicht. An diese Erfolge wäre unmittelbar anzuknüpfen, um den Schuldenabbau für alle NRW-Kommunen möglich zu machen.

Der Bund hat einen Beitrag zur Entlastung der Kommunen geliefert, indem er seine Beteiligung an den Wohnkosten für Langzeitarbeitslose deutlich erhöht hat. Darauf hatte auch die NRW-Landesregierung gedrängt. Das war hilfreich, aber die Altschulden bleiben weiterhin ungelöst. Die neue Bundesregierung hat die Lösung der Altschuldenproblematik für 2022 erneut auf ihre Agenda gesetzt. Die Städte versprechen sich viel davon. Allerdings wird es darauf ankommen, dass ein „übergreifender Konsens“ zwischen Bund und Ländern erzielt wird. Ohne deutliche eigene Anstrengungen der betroffenen Länder wird eine Bundeslösung kaum gelingen.

Hessen hat seine Kommunen mit der Hessenkasse bereits 2018 auf den Abbaupfad gesetzt. Das Saarland hat die hälftige kom-



Kommunale Liquiditätsschulden 2010-2020

munale Teilentschuldung mit dem Saarlandpakt 2019 vereinbart. Zuletzt wurde in Rheinland-Pfalz eine Verfassungsänderung vereinbart, die ebenfalls die hälftige Übernahme der kommunalen Kassenkredite ermöglichen wird. Auch aus Nordrhein-Westfalen braucht es jetzt ein deutliches Zeichen, dass das Land seiner Verantwortung gerecht wird und einen erheblichen Teil zum Schuldenabbau beitragen will.

Die nordrhein-westfälischen Kommunen vom Ballast der Altschulden zu befreien, ist keine leichte Aufgabe. Und es ist auch klar, dass mit einer Beseitigung der „alten Schulden“ ein Aufbau „neuer Schulden“ verhindert werden muss. Hier eine Lösung zu finden, ist unabdingbar für die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung. Noch immer befinden sich

einige Städte im rechtswidrigen Zustand der bilanziellen Überschuldung. Steigende Inflationsraten werden die Leitzinspolitik unter Druck setzen. Die Zinslasten der Kommunen werden wieder steigen und mühsam erarbeitete Haushaltsspielräume weiter verkleinern.

Wer die Städte von ihren Altschulden befreit, schafft wichtige Gestaltungsmöglichkeiten. Kommunen müssen Treiber einer modernen Daseinsvorsorge sein. Sie stehen im Kampf gegen den Klimawandel in vorderster Reihe. Zukunftsinvestitionen dürfen nicht an den strukturellen Defiziten der Vergangenheit scheitern.

Verena Göppert
Ständige Stellvertreterin des
Geschäftsführers Städtetag NRW

Land soll digitale Rats- und Ausschusssitzungen dauerhaft erlauben

Die Städte fordern das Land auf, virtuelle Sitzungen von Stadträten und kommunalen Gremien dauerhaft zu erlauben und nicht auf Ausnahmesituationen wie die Corona-Pandemie zu beschränken. Der Vorsitzende des Städtetages Nordrhein-Westfalen Pit Clausen, Oberbürgermeister aus Bielefeld sagte dazu am 17. Februar gegenüber dem Kölner Stadtanzeiger:

„Die Städte in NRW wollen Sitzungen von Stadträten und Ausschüssen auch in Zukunft virtuell abhalten können. Der aktuelle Gesetzentwurf sieht diese Option bisher nur in Ausnahmefällen wie etwa einer Pandemielage vor. Das ist zu wenig. Wir brauchen anwendungsfreundliche Regeln und kein Gesetz, in dem kleinteilig Ausnahmefälle definiert werden. Das provoziert Wirrwarr. Damit die Städte praxistauglich und rechtssicher handeln können, sollten virtuelle Sitzungen kommunaler Gremien grundsätzlich erlaubt werden. Letztlich muss der Stadtrat vor Ort generell entscheiden können, wie er tagen will.“

Digitale Gremiensitzungen sind zeitgemäß und stärken die kommunale Selbstverwaltung: Videokonferenzen, das Zuschalten von

Die Städte in NRW wollen Sitzungen von Stadträten und Ausschüssen auch in Zukunft virtuell abhalten können.

Pit Clausen
Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld

Teilnehmern und die Möglichkeit, digitale Abstimmungen durchzuführen, helfen den Gremienmitgliedern, die Anforderungen von Beruf, Familie und Ehrenamt besser in Einklang zu bringen. Klar ist: Präsenzsitzungen wird es weiterhin geben, auch wenn sich digitale und hybride Formate etablieren.

Dass die Städte digital tagen und entscheiden können, haben die vom Land geforderten Modellprojekte bewiesen. Nun muss das Land daraus praxisnahe Regeln für virtuelle Stadtrats- und Ausschusssitzungen auf den Weg bringen und den Gesetzentwurf nachbessern.“

Einrichtungsbezogene Impfpflicht erfordert personelle Unterstützung

Die Städte fordern das Land auf, die Kontrolle der Impfpflicht für Beschäftigte in Krankenhäusern und Pflegeheimen personell zu unterstützen. Oberbürgermeister Pit Clausen, Vorsitzender des Städtetages NRW, sagte am 10. Februar gegenüber der Rheinischen Post:

„Die Städte halten die einrichtungsbezogene Impfpflicht weiter für richtig. Aber das Gesetz, dem der Bundestag und alle Länder zugestimmt haben, lässt viele Fragen offen und verunsichert Beschäftigte und Arbeitgeber gleichermaßen. Die Städte fordern von der Landesregierung, dass sie die Gesundheitsämter bei der Kontrolle der Impfpflicht für Beschäftigte in Krankenhäusern und Pflege-

heimen personell massiv unterstützt. Diese neue Aufgabe und der immense Aufwand dürfen nicht allein bei den Städten abgeladen werden.“

Außerdem brauchen wir sehr schnell ein praktikables Verfahren, um die Defizite im Bundesgesetz auszubügeln und den Aufwand zu begrenzen. Denn bundesweit rechnen wir mit über 100.000 Verwaltungsverfahren, die zügig entschieden werden sollen. Dabei geht es im Kern um die Frage: Dürfen Ungeimpfte ihre Tätigkeit nach dem 15. März nicht mehr ausüben und welche Ausnahmen gibt es? Dafür sind klare einheitliche Entscheidungskriterien nötig.“



Das populäre Stadtlogo besteht aus dem KFZ-Kennzeichen BI und dem Buchstaben E, der an die Zinnen der Sparenburg erinnert (Foto: Bielefeld Marketing/deteringdesign)

Weniger Hidden, mehr Champion!

Von Jens Siekmann

Bielefelds Stadtmarketing wirkt – auch dank eines Sponsoring-Modells

Bis vor wenigen Jahren konnte es als passabler Scherz gelten, die Auskunft, dass jemand aus Bielefeld kommt, mit den Worten zu kommentieren: „Bielefeld gibt es doch gar nicht.“ Die Stadt am Teutoburger Wald schien – vor allem denen, die nie dort gewesen waren – provinziell genug für diesen Spaß zu sein. Wie sich die Zeiten ändern.

Heute läuft man eher selbst Gefahr, mit dem überholten Gag einen hinterwäldlerischen Eindruck zu machen. Zu oft sind positive Meldungen aus Bielefeld zu hören, zu deutlich ist das Zentrum Ostwestfalens mit seinen Stärken ins Bewusstsein gedrungen, um noch den kleinsten Anlass für Spott zu bieten. Bielefeld mit seinen 340.000 Menschen wird als das wahrgenommen, was es ist: dynamische Universitätsstadt, kulturelles Zentrum einer der fünf wachstumsstärksten Wirtschaftsregionen in Deutschland und grüne Großstadt mit beneidenswert viel Lebensqualität.

Stadt als Marke

Wie konnte dieser Imagewandel gelingen? „Indem wir die Menschen in Bielefeld zu Botschafterinnen und Botschaftern ihrer Stadt gemacht haben“, erklärt Martin Knabenreich, Geschäftsführer der Bielefeld Marketing GmbH. „In Bielefeld musste niemandem erklärt werden, dass die Stadt attraktiv ist. Wer hier lebt, weiß das. Mit der Entwicklung unserer Stadtmarke haben wir dafür gesorgt, dass das positive Selbstbild sich ausdrücken kann, um in der Folge nach außen zu wirken.“

Klare Botschaft

Partizipativ und für die Stadt als Ganzes – das sind die wesentlichen Merkmale des Stadtmarkenprozesses, den die Bielefeld Marketing GmbH im Jahr 2016 mit der öffentlichen Frage nach Bielefelds Stärken in Gang setzte. So wurde der Grundstein für eine Markenkommunikation gelegt, die sich seither konsequent an den Kernthemen „Lebenswerte Großstadt“, „Zentrum einer starken Wirtschaftsregion“ und „Stadt der Bildung und Wissenschaft“ orientiert.

Eins von zahlreichen Events in Bielefeld: Der Leineweber-Markt lockt alljährlich Tausende in die Innenstadt (Foto: Bielefeld Marketing/Patrick Piecha)



Auch das BIE-Stadtlogo, das heute als städtisches Erkennungszeichen vor öffentlichen Gebäuden und als Sticker auf privaten Fahrzeugen aus dem Straßenbild nicht mehr wegzudenken ist, entstand im Rahmen des Stadtmarkenprozesses, der mehrfach mit Preisen ausgezeichnet wurde: dem German Brand Award (2017), dem Europäischen Kulturmarken Award (2018) und dem Effie Germany (2020) für die Kampagne #Bielefeldmillion, die die Marke Bielefeld international ins Rampenlicht rückte.

Starkes Fördernetzwerk

Um die Stärken der Stadt zu entwickeln und in den Vordergrund zu stellen, ging man auch finanziell neue Wege. Was anderswo nur mit öffentlichen Millionenbudgets erreichbar war, realisierte das Bielefelder Stadtmarketing durch einen Schulterschluss der Stadtgesellschaft. Seither ermöglichen fast 60 Unternehmen als Bielefeld-Partner den breit angelegten Stadtmarkenprozess, indem sie ihre Kompetenzen einbringen und die konsistente Markenkommunikation sowie zielgerichtete Imagekampagnen mit Beiträgen fördern.

Die beteiligten Institutionen und Unternehmen steuern dem Stadtmarketing-Budget rund 300.000 Euro im Jahr bei. Die Partnerverträge mit dreijähriger Laufzeit sind in drei Kategorien mit jährlichen Sponsoring-Summen von 5.000, 10.000 oder 20.000 Euro unterteilt. Adäquate Gegenleistungen finden in Form von Netzwerk-Events sowie Kommunikations- und Serviceleistungen statt.

Erlebbar Resultate

Die Beweggründe der Bielefeld-Partner sind vielschichtig. Natürlich profitieren die Unter-

nehmen – beispielhaft seien die Dr. August Oetker KG und die Schüco International KG genannt – von einer verbesserten Außenwahrnehmung ihres Standorts. Immerhin befindet sich Bielefeld mit anderen Großstädten im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte. Genauso zahlt sich für die Bielefeld-Partner aber auch der sichtbare Einsatz für die Stadtgesellschaft aus. Sie engagieren sich in einem leistungsstarken Netzwerk, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Lebensqualität spürbar und dauerhaft positiv zu beeinflussen.

„Gemeinsam mit unseren Bielefeld-Partnern machen wir unsere Stadt jeden Tag lebenswerter. Und wir sorgen auf starken Kommunikationskanälen dafür, dass das nicht unbemerkt bleibt“, bringt es Kati Bölefahr auf den Punkt, die bei der Bielefeld Marketing GmbH verantwortlich für den Markenprozess sowie den Ausbau des Bielefeld-Partner-Netzwerks ist.

Best Practice Bielefeld

Der Bielefelder Stadtmarkenprozess mit dem strategischen Grundsatz gebündelter Kräfte und konsequenter Stärkenfokussierung gilt vielerorts als Blaupause für erfolgreiches ganzheitliches Stadtmarketing. Gerade das Modell des Bielefeld-Partner-Sponsoring wird dabei häufig als Beleg für eine Win-win-Situation angeführt, die eine langfristige Dynamik erzeugt. Erst vor Kurzem wurde das Bielefelder Stadtmarketing von der Jury des nationalen Projekt pools „Stadtimpulse“ für das Bielefeld-Partner-Netzwerk als „Best-Practice-Beispiel 2022“ zertifiziert.

Autor: Jens Siekmann
Leiter Kommunikation bei der
Bielefeld Marketing GmbH



Anmeldungen zum Tag der Städtebauförderung

Noch bis zum 31. März 2022 können Städte ihre Teilnahme am Tag der Städtebauförderung anmelden. Dieser soll am 14. Mai 2022 stattfinden und Bürgerinnen und Bürger bundesweit die Möglichkeit bieten, sich über die Städtebauprojekte vor Ort zu informieren. In einigen Städten sind zudem Veranstaltungen rund um die Förderung von Städtebau und Stadtentwicklung geplant. Der bundesweite Aktionstag ist eine gemeinsame Initiative von Bund, Ländern, Deutschem Städtetag und Deutschem Städte- und Gemeindebund.

www.tag-der-staedtebaufoerderung.de

Neue NRW-Landesgesellschaft für Energie und Klimaschutz

Unter dem Dach der Anfang des Jahres gestarteten Landesgesellschaft Energie- und Klimaschutz „NRW.Energie4Climate“ sollen in NRW Klimaschutz und wirtschaftliches Wachstum vereint werden. Die Landesgesellschaft soll Projekte begleiten, Fördermittel und Investitionen beschaffen und die Ausrichtung künftiger Förderprogramme in Land, Bund und EU unterstützen. Hinzu kommen ein umfangreiches Informationsangebot, aktuelle Veranstaltungshinweise und hilfreiche Recherche- und Planungswerkzeuge. Außerdem engagiert sich die Landesgesellschaft im Bereich der Klimabildung in Schulen und Kitas.

www.energy4climate.nrw

Freiwilligen-Initiative für hochwassergeschädigte NRW-Kommunen



Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung NRW hat gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und weiteren Institutionen

eine Freiwilligen-Initiative zur Unterstützung in rund 180 von Starkregen und Hochwasser betroffenen Städte und Gemeinden aufgebaut: Gesucht werden Senior-Experten und -Expertinnen in den Bereichen Hoch- und Tiefbau, Stadt- und Landschaftsplanung sowie Denkmalpflege und weiterer Fachbereiche, die selbstständig, im Ruhestand oder kurz davor sind und sich bereitfinden, für einen begrenzten Zeitraum beim Wiederaufbau zu helfen. Suchende Städte und „Senior-Expertise“ können auf folgender Webseite zusammenfinden:

www.senior-expertise-hilft.nrw





Blick auf das Osthaus Museum Hagen
(Foto: Werner Hannappel)

Osthaus Museum Hagen präsentiert Bryan Adams als Fotograf

Unter dem Titel „Exposed“ stellt Bryan Adams im Osthaus Museum Hagen vom 20. Februar bis 24. April Fotoarbeiten vor. Der kanadische Rockmusiker hat sich in den letzten zehn Jahren einen Ruf als Fotograf erworben. Bekannt sind vor allem seine Porträts berühmter Persönlichkeiten, z. B. Ben Kingsley, Amy Winehouse, Mick Jagger und Kate Moss. Sie offenbaren eine große Offenheit zwischen dem Fotografen und seinen Motiven, immer in dem Bewusstsein, dass das Foto ein inszeniertes Ereignis ist.

www.osthausmuseum.de

Deutscher Bauherrenpreis 2022 ausgelobt

Der Deutsche Bauherrenpreis würdigt Bauherren, die bezahlbare Wohnungen und Quartiere in hoher Qualität zu tragbaren Kosten schaffen. Auslober sind der Bund Deutscher Architektinnen und Architekten (BDA), der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW und der Deutsche Städtetag (DST). Projekte einreichen können Wohnungsunternehmen und -genossenschaften, private und öffentliche Bauherren, Investoren, Bauherrengruppen, Kommunen und Bauträger, freiberufliche Architekten, Stadtplaner und Landschaftsarchitekten sowie Arbeitsgemeinschaften von Planern. Die Bewerbungsfrist endet am 14. März 2022 um 14 Uhr.



www.deutscherbauherrenpreis.de

Land fördert sieben Projekte für bessere und saubere Mobilität

Beim Landeswettbewerb „Mobil.NRW – Mobilität in lebenswerten Städten“ des NRW-Verkehrsministeriums wurden sieben Projekte ausgezeichnet - unter anderem in den Mitgliedsstädten Aachen, Bielefeld, Bochum, Münster und Düsseldorf. Sie sollen Alternativen zur Nutzung des eigenen Autos bieten und den Flächenbedarf des Verkehrs reduzieren. Dafür stehen bis zu 60 Millionen Euro zur Verfügung. Zu den ausgezeichneten Projekten gehören Bike+Ride-Anlagen, Fahrradstraßen und Quartiersgaragen. Die Modellvorhaben sollen bis Ende 2026 abgeschlossen sein.



Blick vom Hohenstein über das Ruhrtal (Foto: Jörg Fruck)

Der Hohenstein in Witten: Ein besonderer Erlebnis- und Genussort über der Ruhr

Der Hohenstein ist von alters her ein beliebter Naherholungsort für die Wittener Stadtbevölkerung. Landschaftlich sehr reizvoll gelegen über dem Ruhrtal, mit einem hohen Anteil an altem Baumbestand im Wechselspiel mit grünen Freiflächen, durchzogen von einer Vielzahl von Wanderwegen, kann man sich dort weit weg vom Trubel der Stadt fühlen – obwohl sie gleichzeitig räumlich sehr nah ist. Die Besucher finden dort sehr viele, sehr unterschiedliche Angebote: einen Streichelzoo, eine Waldschule, ein Wildgehege, einen Lehrbienenstand, historische Gastronomie, den Haarmannstempel und einen Wasserspielplatz.

Es gibt also viele Plätze und Orte zum Entdecken, Verweilen und Entspannen für Jung und Alt.

Für mich persönlich ist der Höhepunkt eines jeden Besuchs dort jedoch die Aussichtsplattform unterhalb des Berger-Denkmal mit dem weitläufigen Blick über das wunderschöne Ruhrtal zwischen den Städten Witten und Wetter. Bei wirklich jedem Wetter lohnt dieser Blick, wobei ich nicht verhehlen kann, dass die verschwenderische Schönheit der Natur gerade im Frühjahr einen ganz besonderen Reiz verströmt. Früh morgens, wenn sich noch einige Nebelfelder über dem Fluss befinden, ganz außergewöhnlich jedoch kurz vor Sonnenuntergang, wenn das Licht der untergehenden Sonne über dem Hügelkamm das Flusstal beinahe surreal erscheinen lässt und den Betrachter in seinen Bann zieht.

Lars König
Bürgermeister der Stadt Witten



Herausgeber:
Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de
Twitter: [@staedtetag_nrw](https://twitter.com/staedtetag_nrw)

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied: Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein,
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann
Gestaltung: Anna-Maria Roch
Layout/Druck: Media Cologne GmbH,
Hürth

ISSN: 2748-9752
Köln, Februar 2022